

So müssten die Kirchgemeinden sparen

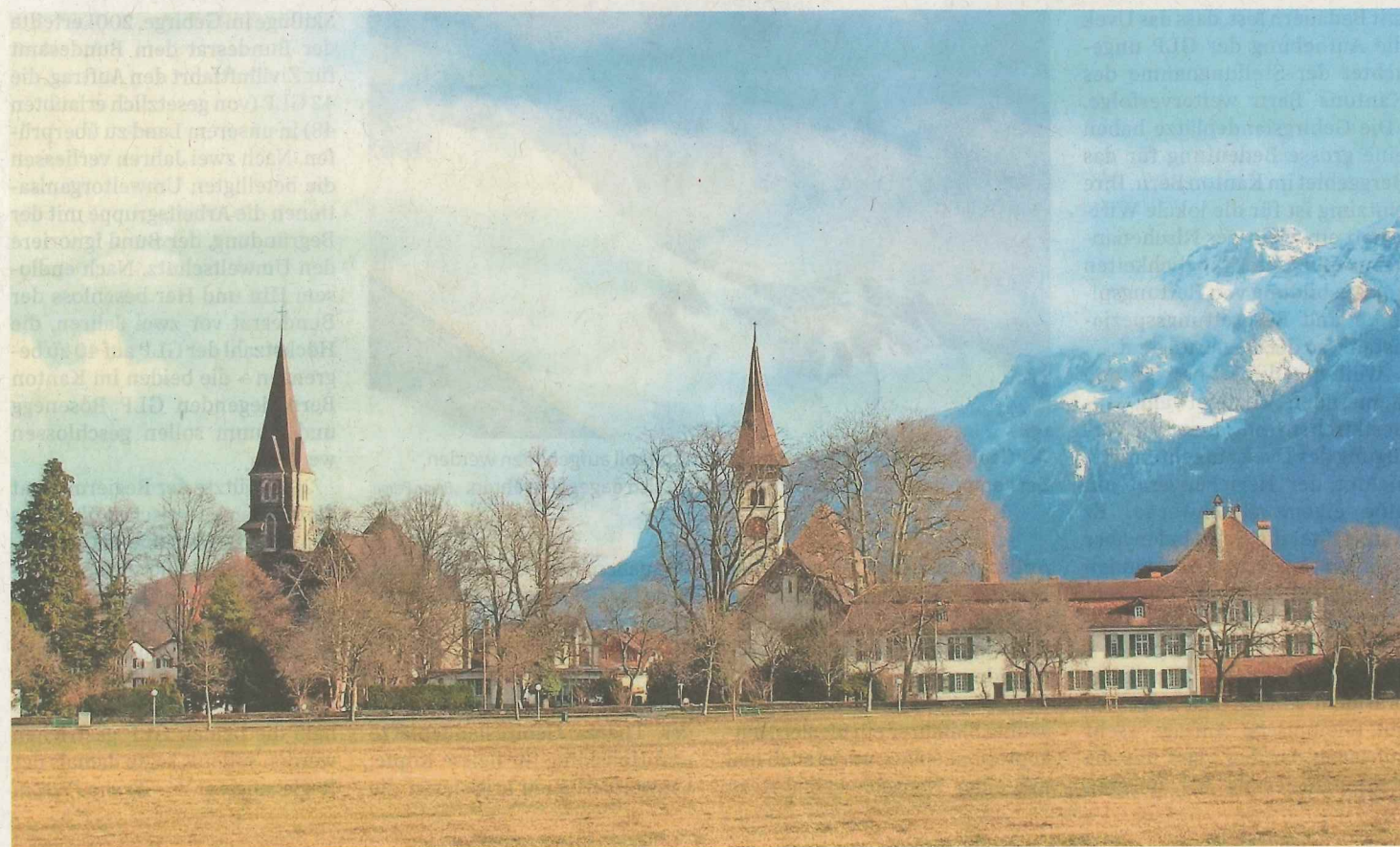
STEUERN Einige Kirchgemeinden hätten nach einer Senkung der Gewinnsteuer hohe Ausfälle. In Bern hat man bereits reagiert, in Biel müsste das soziale Engagement eingeschränkt werden. Stark betroffen sind auch Gsteig-Interlaken und Guttannen.

8 bis 9 Millionen Franken – so viel Geld würden die reformierten Kirchgemeinden im Kanton Bern durch die Unternehmenssteuerreform USR III und die geplante Senkung der kantonalen Gewinnsteuer verlieren. Das sagt Andreas Nufer und beruft sich auf Berechnungen des Synodalarats. Der Berner Pfarrer engagiert sich im Komitee «Kirchliches Nein zu Unternehmenssteuerreform III». Vor allem Vertreter aus den Kantonen Bern und Zürich machen dort mit. Zwei Berner Organisationen sind dabei: Die OeME-Kommission der Evangelisch-Reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern und die deutschsprachige Evangelisch-Reformierte Kirchgemeinde Biel. Am 12. Februar stimmen die Schweizer über die USR III ab.

Bern und Biel sind zwei jener Kirchgemeinden, die stark von der USR III und einer Senkung der Gewinnsteuer betroffen wären. Denn sie beziehen rund ein Drittel der Steuereinnahmen von juristischen Personen. Und die beiden Kirchgemeinden müssen sowieso schon sparen: Die Gesamtkirchgemeinde Bern hat 2014 beschlossen, die Hälfte ihrer Liegenschaften zu verkaufen. Hauptgrund dafür war die schwindende Zahl von Kirchengängern, was weniger Steuereinnahmen zur Folge hat. Aber auch die zu erwartenden Mindereinnahmen an Steuern der juristischen Personen hätten eine Rolle gespielt, sagt der stellvertretende Kirchmeister Bruno Banholzer.

30 Prozent weniger Steuern

Die Gesamtkirchgemeinde Bern rechnet ab 2019 mit 30 Prozent weniger Steuereinnahmen von juristischen Personen – also mit 3,8 anstatt mit 5,8 Millionen



Die Schlosskirche Interlaken (rechts) ist Teil von einer jener Kirchgemeinden, die stark von Steuerausfällen betroffen wären.

Sibylle Hunziker

Franken. 2 Millionen weniger, das entspricht ungefähr einem Zehntel der gesamten Steuereinnahmen. Das sei aber ein Worst-Case-Szenario, sagt Banholzer.

Man habe sehr vorsichtig budgetiert: Bereits für 2018 hat die Gesamtkirchgemeinde 250 000 Franken weniger Steuereinnahmen vorgesehen – obschon die

LANDESKIRCHE

Nicht nur die Kirchgemeinden, sondern auch die Kantonalkirche wird den Gürtel enger schnallen müssen. Denn die Kirchgemeinden werden dieser weniger Geld von ihren Steuererträgen abgeben können. Man rechnet auf Ebene der Landeskirche mit 1,2 Millionen Franken weniger. «Ein Betrag, der gewiss nicht ohne konkrete Einschränkungen aufgefangen werden könnte», schrieb der Synodalrat

in einer Vorstossantwort an der letzten Sommersynode. Es sei aber noch zu früh, um spezifische Massnahmen zu benennen, heisst es seitens des Synodalarats auf Nachfrage. Zuerst müssten das Resultat der Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III und die kantonalen Berechnungen zu den Auswirkungen der Reform und der Steuerstrategie abgewartet werden. *sar*

«Wir werden bei unserem sozialen Engagement sparen müssen.»

Christoph Grupp
Präsident des deutschsprachigen
Kirchgemeinderats in Biel

Reform dann noch gar nicht umgesetzt wäre. Weil sie die Ausfälle von den Firmen bereits mitberechnet hat, muss die Gesamtkirchgemeinde nebst dem Verkauf der Liegenschaften vorerst keine weiteren Sparmassnahmen treffen.

Weniger Geld fürs Soziale

Bei der Reformierten Gesamtkirchgemeinde Biel rechnet man damit, dass mit der USR III und der Gewinnsteuersenkung die Hälfte der Steuereinnahmen von Unternehmen wegfallen würden. Das sind 1,5 Millionen Franken, insgesamt nimmt Biel jeweils 8 Millionen Franken ein.

Laut Kirchgemeinderatspräsident Christoph Grupp zeichnet sich ab, wo man den Sparhebel ansetzen müsste: «Mit dem neuen Kirchengesetz sind die Steuereinnahmen juristischer Personen ab 2019 zweckgebunden für die öffentliche Arbeit der Kirche.

Das heisst, wir werden bei unserem sozialen und kulturellen Engagement sparen müssen.» Betroffen wären zum Beispiel Bieler Institutionen wie das Jugendzentrum Villa Ritter, die Notschlafstelle oder die Gassenküche. Zusätzlich müsse man auch die Aktivitäten und den Stellenetat innerhalb der Kirchgemeinde prüfen, so Grupp.

Wieder höhere Steuern?

Der grösste Teil der Kirchgemeinden bezieht 4 bis 14 Prozent seiner Steuereinnahmen von Firmen. Nebst Bern und Biel weisen einige Kirchgemeinden im Berner Jura wegen der Uhrenindustrie höhere Anteile auf, ebenso Tourismusgemeinden wie Gsteig-Interlaken oder Saanen. In Gsteig-Interlaken stammen 30 Prozent der Steuereinnahmen von Unternehmen. Bis 2021 rechnet die Kirchgemeinde damit, 30 Prozent dieser Einnah-

men zu verlieren. Massnahmen hat die Kirchgemeinde noch keine getroffen, aber: «Wir haben 2016 die Steueranlage gesenkt und müssten längerfristig geplant eventuell auf diesen Beschluss zurückkommen», sagt Finanzverwalterin Susanne Rufener.

Rund ein Dutzend Kirchgemeinden bezeichnet der Synodalrat als Sonderfälle, weil dort einzelne Unternehmen grosse Steuereinnahmen liefern. Dazu gehören die Kraftwerkstandorte Gadmen, Guttannen und Mühleberg, aber auch Bleienbach, Ober- und Niederbipp, Courtelary, Neueneegg und Rütli bei Büren. In dieser Gruppe machen die Steuern von juristischen Personen bis zu 50 Prozent des Gesamtsteuerertrages aus.

Guttannen ist stark betroffen

Guttannen ist eine jener Kirchgemeinden, welche die Hälfte ihrer Steuereinnahmen von Firmen bezieht. Laut Präsident Hans von Weissenfluh rechnet die Kirchgemeinde damit, dass die Einnahmen von juristischen Personen um 25 bis 30 Prozent einbrechen werden – das bedeutet 7000 bis 10 000 Franken weniger Steuereinnahmen. Auch hier hat man noch nicht über Sparmassnahmen diskutiert. Für von Weissenfluh ist aber klar: «Ohne Leistungsabbau würden wir wohl kaum zurechtkommen.» Die Kirchgemeinde engagiert sich im Altersbereich, hat eine eigene Mitarbeiterin für die kirchliche Unterweisung und bezahlt jährlich fünf bis sechs Gottesdienste aus eigener Tasche.

Der Kanton Bern erhält wegen der Steuerausfälle vom Bund voraussichtlich 64 Millionen Franken. Davon will er 21 Millionen Franken je nach Betroffenheit an Gemeinden und auch Kirchgemeinden weitergeben. Der Synodalrat rechnet jedoch damit, dass dabei höchstens 2,5 Millionen Franken für die Kirchgemeinden herauspringen würden – also gut ein Drittel der voraussichtlichen Ausfälle.

Sandra Rutschi